

Die Nationale Volkspartei - Bharatiya Janata Party (BJP)
Vom Hindu-Fundamentalismus zur Staatspartei
Die „Neue Nationale Volkspartei“

Hans-Georg Wieck

Mai 2005

Einleitung	2
Die Schlüsselfunktion der Politischen Parteien für die indische Demokratie	5
Vom hinduistischen Fundamentalismus zur staatstragenden konservativen Partei	6
Die Kongresspartei im Freien Fall zur politischen Bedeutungslosigkeit – Die Wiedergeburt im Koalitionsverbund	7
Das Innere Gefüge der BJP	10

Einleitung

Im Februar 2004 entschied sich die Führung der Bharatiya Janata Party (BJP), also die konservative Nationale Volkspartei dafür, die Gunst der Stunde des sichtbaren wirtschaftlichen Aufschwungs im Lande zu nutzen, um zusammen mit den Koalitionsparteien in der *Nationalen Demokratischen Allianz* die in einiger Zeit fälligen Nationalwahlen zum Parlament Lok Sabha vorzuziehen. Man war sich sicher, mit dem Wahlmotto „*Strahlendes Indien*“ einen überzeugenden Wahlsieg und damit ein neues Regierungsmandat für die Koalitionsparteien unter Führung von Ministerpräsident Atal Behari Vajpayee erringen zu können. Die Enttäuschung war groß, als nach Bekanntgabe der vorläufigen Endergebnisse der völlig unerwartete Sieg der von der Kongresspartei geführten, mit zwanzig regionalen Parteien gebildeten Koalition *Vereinigte Fortschritts-Allianz (United Progressive Alliance)* verkündet und die Weichen für eine von den erstarkten Kommunisten geduldete Regierungsbildung unter Führung der Kongresspartei eingeleitet wurde.

Was war geschehen? Keineswegs hatte die BJP massive Stimmverluste hinnehmen müssen. BJP und Kongresspartei hatten beide moderate Stimmenverluste von ca. 1 bis 2 Prozent erlitten. Aber erstmals in seiner Geschichte hatte die Kongresspartei – wie es seit 1998 schon die BJP Partei erfolgreich getan hatte – vor den Wahlen eine Koalition mit zwanzig Regionalparteien gebildet (*United Progressive Alliance*). Die Koalitionspartner der BJP erlitten erhebliche Verluste und die Koalitionspartner des Kongresses erzielten deutliche Gewinne. Da in Indien nach dem einfachen Mehrheitswahlrecht gewählt wird, können die Verschiebungen einiger Prozente bei der Wahlentscheidung der Bürger zugunsten der „anderen„ Koalitionsgruppierung weit reichende Verschiebungen in der politischen Landschaft zur Folge haben. Die Wechselwähler gingen von den Koalitionspartnern der BJP zu den Koalitionspartnern der zu den Koalitionspartnern der Kongresspartei und verursachten den politischen Erdbeben in Indien. Die Kommunisten machten Stimm- und Sitzgewinne und kündigten die Unterstützung der Kongress geführten Koalitionsregierung „von Außen“ an. Schon kurz vor den Wahlen erschien den Analysten der Ausgang der Wahlen viel ungewisser zu sein, als von den Beobachtern bei Ankündigung der Wahlen angenommen worden war¹.

Ist nun die BJP und sind ihre Koalitionspartner nachhaltig geschwächt worden? Können und müssen wir eine lange Regierungsepoche unter der Kongress-Führung erwarten? Ist die BJP und mit ihr die Nationale Demokratische Allianz (NDA) am Ende?

Von einer nachhaltigen politischen Schwächung der BJP in Indien kann nicht die Rede sein. Diese Beurteilung der innenpolitischen Lage wird auch durch die Tatsache gestützt, dass die vom Kongress geführte Mitte-Links-Regierung nicht selbst im Parlament eine Mehrheit hat, sondern dies nur mit der Duldung durch die Kommunisten der Fall ist. Das ist eine fragliche politische Lage, die sich kurzfristig ändern kann? Angesichts der Tatsache, dass die BJP selbst gar nicht so schlecht bei den Nationalwahlen abgeschnitten hat, lässt die Schlussfolgerung zu, dass die Partei zum festen Bestandteil des politischen Spektrums des Landes geworden ist, und dass auch in Zukunft mit ihr gerechnet werden muss.

Die sich stellenden Fragen lauten vielmehr:

- Welche Schlussfolgerungen sind aus der Wahlniederlage zu ziehen?

¹ Über die Entwicklung des indischen Parlamentarismus und Föderalismus unterrichtet umfassend Dietmar Rothermund mit dem Abschnitt „Der Staat“ (Seite 389-408) im „Handbuch Indien – Kultur, Geschichte, Politik, Wirtschaft, Umwelt“, 1995, Beck-Verlag, ISBN 3 406 39661 5

- Mit welchen Parteien könnte die BJP wieder eine alternative Koalition aufbauen, die auch Wahlen gewinnen kann?

Ein Blick in die Geschichte des unabhängigen Indien und die unterschiedlichen Rollen der BJP und ihrer Vorläuferstrukturen kann deutlich machen, dass der Kongress und die BJP politisch repräsentativ für Hauptströmungen der Staatspolitik und der Zivilgesellschaft sind, nämlich

- die der zukunftsorientierten säkularen Staats- und einer Gesellschaftsentwicklung unter Einschluss der geschichtlich und religiös begründeten diskriminierten Kasten und Klassen vergangener und noch existierender Religionsgemeinschaften und Kastenstrukturen, und
- die der Bewahrung und Weiterentwicklung des religiös philosophisch gewachsenen, also kulturell und religiös vielschichtig bestehenden Indien, in dem die bürgerlichen Rechte zwar allgemein anerkannt und angewendet werden, die Beseitigung der vielfältig bestehenden gesellschaftlichen und sozialen Ungleichheit aber nur langsam vorangebracht werden soll, und vor allem nicht zu Lasten der hinduistischen Dominanz vollzogen werden darf

In dieser Differenz spiegelt sich die Besonderheit Indiens wieder. Den zentralistischen Tendenzen der Staatsbildung und liberalen Zivilgesellschaft steht die unbestritten vielschichtige, auch widersprüchliche kulturellen Koexistenz oder Spannung sehr unterschiedlicher Kulturen und Religionen in Indien mit gewaltigen Auswirkungen auf das tägliche Leben in Stadt und Land gegenüber². In seinem Aufsatz „Symbolische Politik und Inszenierung – Ausdrucksformen des Hindu-Nationalismus im gegenwärtigen Indien“ spricht Clemens Six bei der Analyse dieser Spannungen von der Wirklichkeit „der Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen. Rabindranath Tagore warnte den Unabhängigkeitskampf vor den Unbilden und Gefahren des Nationalismus „Das Individuum denkt, sogar wenn es fühlt, aber das gleiche Individuum denkt nicht vernünftig, wenn es sich mit der Masse fühlt, weil das Bewusstsein der Masse essentiell primitiv ist, sind auch ihre Kräfte elementar.“ (zitiert nach Clemens Six, am angegebenen Ort).

Die Nationale Volkspartei BJP (Bharatiya Janata Party), hat sich in zehn Jahren von einer rechtsgerichteten hinduistisch-fundamentalistischen Partei zu einer landesweit operierenden Staatspartei entwickelt, die in der Lage und fähig ist, eine große Zahl von kleineren Parteien an sich zu binden und eine stabile Koalitionsregierung zu etablieren. Im Jahre 1989 erreichte die Partei einen Stimmenanteil von 11,3 Prozent, im Jahre 1999 von 23,70 Prozent und im Jahre 2004 einen Anteil von 22,16 Prozent. Der Stimmenanteil der Kongress-Partei sank bei den Wahlen zur Lok Sabha hingegen von 39,5 (1989) auf 28,4 Prozent (1998) sowie auf 26,69 Prozent im Jahre 2004. Die Differenz zwischen den Stimmanteilen der beiden Parteien am Gesamtergebnis hat sich innerhalb von zehn Jahren von fast dreißig Prozent auf weniger als fünf Prozent reduziert. Hat diese nachhaltige Änderung der politischen Landschaft und Struktur Indiens eine Zukunft, oder handelt es sich nur um ein vorübergehendes politisches Phänomen, um ein Ereignis, das sich hinreichend durch die offensichtliche Schwächeperiode

² (vgl. Clemens Six, *Symbolische Politik und Inszenierung – Ausdrucksformen des Hindu-Nationalismus im gegenwärtigen Indien*“ in „Südasiens in der Neuzeit – Geschichte und Gesellschaft, 1500 – 2000“, Seiten 173 ff, Herausgeber : Karin Preisendenz/Dietmar Rothermund“, ProMedia Edition Weltreligionen, Wien, 2003, ISBN 3 – 85371-195-2)

erklären lässt, in der sich die Jahrzehnte hindurch unbestritten dominierende Partei - der Kongress - befindet?

Bildet sich mit der BJP und ihren kleineren Koalitionspartnern, die sich schon vor den Wahlen selbst verbündeten, eine neue staatstragende konservative Union heraus, die wichtigen Reformen und soziale Veränderungen ohne sozialistischen, ohne ideologischen Ballast, aber mit stärkerer Verankerung in hinduistischen Gedankengängen und Vorstellungen durchsetzen kann und will, um Indien und seine Wirtschaft zu modernisieren?

Bis zu seiner Wahlniederlage im Frühjahr 2004 genoss der achtzigjährige Parteiführer und langjährige Ministerpräsident Ministerpräsident Atal Behari Vajpayee das Vertrauen weiterer Teile der Öffentlichkeit, ja auch der nachwachsenden Generationen. In den letzten Jahren zeigte er jedoch immer häufiger Schwächen in der Wahrnehmung der Regierungsgeschäfte, aber einen hohen Grad an politischem Engagement in dem Bemühen um einen dauerhaften Ausgleich mit Pakistan, mit dem immer wieder kritische Phasen am Rande des militärischen Konflikts und in einem Fall auch mit einem politisch meisterhaft geführten begrenzten militärischen Konflikt bei Kargil in Kaschmir.

Auch hatte er eine Reihe von gesundheitlichen Problemen. Nach der Wahlniederlage 2004 stellte sich die Frage dringender denn je zuvor: Erwartungsgemäß trat Vajpayee von seinen Parteiämtern zurück. Im Parteivorsitz folgten der frühere Vizepremierminister und Innenminister Lal Kishen Advani. Er übt dieses Amt zum dritten Mal aus und gehört zu den Erweckern und Reformern der BJP, die bis in den späten achtziger Jahre eher ein Schattendasein geführt hatte. Er ist ein Vertreter des „hinduistischen Nationalismus“ – in einem prononcierteren Sinne, als es Vajpayee je war. Es überrascht nicht, dass er nun auch die Forderung nach dem Bau des Rama Hindu-Tempels in Ayodhya auf den Ruinen des Moschee forderte, die in seiner Anwesenheit im Dezember 1992 vorsätzlich zerstört worden war. Man muss sich fragen: wird eine sich ideologischer in einem deutlicherem Sinne äußernde und möglicherweise festlegende BJP für die politischen Koalitionspartner (Nationale Demokratische Allianz) akzeptabel bleiben? Wird das Bündnis nicht wieder in sich zusammenfallen? Die Frage stellen, bedeutet - auch wenn man nicht zu pessimistischen Prognosen neigt - die bisherige Kohäsion der NDA zu relativieren.

Bei der Beobachtung und Analyse der politischen Ebene des nationalen Hinduismus kann man an der Tatsache nicht vorbeisehen, dass es in Indien seit Jahrzehnten an der Basis und landesweit seit den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts mit dem Nationalen Freiwilligen Bund (*Rashtriya Swayamsevak Sangh* – RSS) eine hinduistische Nationalbewegung gegeben mit zum Teil fundamentalistischen und militanten Komponenten gegeben hat, die gemäß dem Gründer Dr. Keshav Balirainb Hedgewar und seines Nachfolgers M.S. Golwalkar eine Hindu-Nation schaffen sollte. Der Aufschwung der BJP war nur möglich, weil sich die politische Führung der Partei nicht in die Dogmatik der RSS-Bewegung drängen bzw. ziehen ließ. Ohne Frage spielt RSS auf der lokalen und regionalen Ebene im Ringen mit anderen Religionsgemeinschaften eine eminente Rolle.

Die Schlüsselfunktion der Politischen Parteien für die indische Demokratie

In Indien sind die politischen Parteien die Generatoren des politischen Wandels und die Mittler zwischen den Bürgern und den Parlamenten, die über Einsetzung und Entlassung von Regierungen und über die Gesetze des Landes entscheiden. Die parlamentarische Demokratie prägt das öffentliche Leben in den zentralen staatlichen Strukturen wie in den Bundesstaaten und den Kommunen. Die parlamentarische Demokratie ist der Katalysator für die sozialen

Reformen - das heißt in der Realität Indiens den Abbau der Kasten und deren Folgen im sozialen, politischen und beruflichen Sektor der zivilen Gesellschaft, ganz zu schweigen von der Benachteiligung der früheren unteren Kasten im Personalkörper der staatlichen Strukturen.. In den ländlichen Gemeinderäten sind heute 30 Prozent aller Mitglieder Frauen. Lokale Gewaltaktionen oppositioneller, meist nach regionaler Autonomie strebender Kräfte drohen indessen immer wieder, die indische Demokratie zu unterminieren und in Misskredit zu bringen. Letzten Endes verschaffen sie sich mit ihren Anliegen jedoch Zugang zu politischen Parteien und zu parlamentarischen Körperschaften. Im Wege von Kompromissen wird Abhilfe gesucht, werden Gegensätze abgeschliffen. Parlamentarische Gremien in Indien - das sind nicht nur Versammlungen von Weisen, Ehrenmännern und von etablierten Mitgliedern der Mittelklasse. Sie sind das Spiegelbild einer vielschichtigen, von Gegensätzen und Spannungen geprägten Gesellschaft. Indien ist auf seine Weise ein "melting pot". In den Parlamenten aller Ebenen vollzieht sich diese Amalgamierung vor den Augen der Öffentlichkeit.

Die 1885 gegründete nationale Unabhängigkeitsbewegung des "Indian National Congress" wurde nach der Erringung der Unabhängigkeit im August 1947 in eine, in die führende politische Partei Indiens umgewandelt. Die Kongress-Partei prägte Jahrzehnte hindurch die politische Landschaft Indiens. Von gelegentlichen Mehrheitsbildungen in Form von Wahlbündnissen temporären Charakters gegen die Kongress-Partei abgesehen, konnte sich bis in die neunziger Jahre hinein keine Partei als Mitte-Rechts-Alternative landesweit neben und konkurrierend zur Kongress-Partei etablieren. Das sieht heute anders aus. Auf den Grundlagen der in den zwanziger Jahren von V.D. Savarkar gegründeten Hindutwa-Bewegung mit einem harten RSS-Kern (Nationaler Selbsthilfe-Bund), dem auch der Mörder von Mahatma Gandhi im Januar 1948 angehörte, bildeten sich im Laufe von Jahrzehnten immer wieder neue Parteistrukturen mit nationalen, ja nationalistischen Zielsetzungen. Im Nationalen Selbsthilfe/Bund sind landesweit etwa 540 000 Männer aktiv tätig.

Die Hindutwa-Bewegung will das hinduistische Erbe gegen Säkularismus und Sozialismus verteidigen, denen sich die Kongress-Partei verschrieben hatte, und die als Orientierung und Zielvorgabe Eingang in die Verfassung gefunden haben. Besonders das säkulare Prinzip wird als unverzichtbar für den Erhalt des Staates und einer einigermaßen friedfertigen zivilen Gesellschaft angesehen. Es soll aber nach dem Willen der konservativen Kräfte nicht zur Verwischung der hinduistischen Grundströmungen der indischen Kultur und Gesellschaft führen. Von Beginn an lehnte und lehnt die Hindutwa-Bewegung staatliche Wirtschaftslenkung, Verstaatlichung von Schlüsselbereichen der Wirtschaft wie den Versorgungsbetrieben, den Banken und Versicherungen sowie der Verkehrsmittel ab. Selbst die Kollektivierung der Landwirtschaft war ja vom Kongress "angedacht" worden.

Bei Vertrauenskrisen in die Führungsfähigkeit der Nehru-Gandhi-Familie, also nach der Ausrufung des Notstands durch Indira Gandhi im Jahre 1975, und nach Offenlegen von Schmiergeldaffären bei Rüstungskäufen während der Amtszeit von Rajiv Gandhi im Jahre 1989 bildeten sich stets Zweckbündnisse der Oppositionsparteien, denen auch der Wahlsieg mit konkreten Allianzen in den Wahlkreisen gegen eine ins Schwanken geratene Kongresspartei gelang. Aber nach kurzer Zeit hatten sich die Gemeinsamkeiten unter den verbündeten Parteien erschöpft. Die Allianzen brachen unter der Wucht der Regierungsgeschäfte zusammen. Das geschah 1977 und 1989.

Vom hinduistischen Fundamentalismus zur staatstragenden konservativen Partei

Bei den Nationalwahlen 1989 begann der Aufstieg der BJP von einer sozial gebundenen, dem Hindutwa-Konzept zugeordneten, also ideologisch-fundamentalistisch geprägten Partei zu einer Volkspartei integrativen Charakters mit einer Beimischung von Hinduismus, der der Politik hinduistischen Stallgeruch gibt, sie aber nicht von fundamentalistischen, extremistischen Positionen abhängig macht. Der Sündenfall wurde das widerrechtliche und gewaltsame Abreisen der Ayodhya-Moschee am 6. Dezember 1992 vor den Augen der versammelten BJP-Führung und die Blutrache an Muslimen nach einer Reihe von Bombenanschlägen, die in Mumbai möglicherweise unter ausländischer Beteiligung verübt worden waren. Der Sündenfall führte zur politischen Selbstreinigung und zum Sieg der „Realos“ in der Orientierung der Partei. Diese Politik fand und findet in der Person von Vajpayee seine die politische Wirklichkeit prägende Gestalt, eine Gestalt, der es auch gelang, im Wege von Wahlkoalitionen die anschließenden Koalitionen für die Regierungsarbeit zu schieben. Dieser persönliche Anteil Vajpayees an der gegenwärtigen politischen Stabilität kann gar nicht überschätzt werden. Darin liegt aber auch zugleich die Schwäche dieser politischen Stabilität. Wird der Nachfolger im Amt, werden die weiteren Nachfolger im Amt diese Erbschaft erfolgreich antreten können?

Der Sündenfall vom 6. Dezember 1992 wurde Anlass zur Selbstreinigung: Fundamentalistische Zielsetzungen konnten nicht als Zielvorgaben für Regierungsprogramme dienen, sondern durften nur als Orientierungen angesehen werden. Die Interessen des Staats in einer sich wandelnden Welt und die Erfordernisse der inneren wirtschaftlichen, sozialen und demokratischen Entwicklung wurden zu bestimmenden Faktoren für die Partei, der es gelang, die inneren Dispute auszutragen und darüber hinaus Koalitionen in einzelnen Landesteilen aufzubauen, die nur selten aufgekündigt wurden.

Die Kongress-Partei im freien Fall zur politischen Bedeutungslosigkeit – Eine Wiedergeburt im Koalitionsverbund

Ganz anders präsentierte sich der traditionsreiche Kongress der politischen Öffentlichkeit in dieser Zeit:

Es liegt in der Natur demokratisch verfasster Gesellschaften, lang andauernde Vorherrschaften von Politischen Parteien auch dann aufzubrechen, wenn diese ihre dominierende Stellung in den staatlichen Strukturen durch legitime und international überwachte demokratische Wahlen errungen haben. Je nach Art der Fehler, die in einer langen Periode der Vorherrschaft gemacht wurden, formieren sich politische Gegenkräfte. Einem solchen Abnutzungsprozess sah sich die Kongresspartei im letzten Jahrzehnt ausgesetzt. Die Wirtschaftsreformen aus dem Jahr 1991 und die veränderten weltpolitischen Verhältnisse haben diesen lange schon schwelenden Prozess aufbrechen lassen. Die Kongresspartei degenerierte in der langen Phase ihrer Vorherrschaft, einer Vorherrschaft, die auch von der geostrategischen Lage und einer unterschweligen Sympathie der Kongressführung, vor allem von Indira Gandhi für volksdemokratische Massenstrukturen geprägt war. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Bedeutungsverlust der Bewegung der ungebundenen Länder in der Phase der Ost-West-Konfrontation war der Kongress orientierungslos geworden. Die liberale Wirtschaftsreform von 1991 - von Ministerpräsident Narasimha Rao unter dem Druck der sich verschlechternden internationalen monetären Stellung Indiens eingeschlagen - war von der Parteibasis nicht wirklich angenommen worden. Die substantielle Kursänderung ging nicht auf neue politische und

wirtschaftliche Konzepte der Kongresspartei, sondern auf die hochrangigen Funktionäre des Staatsapparats zurück. Die Wahlniederlage von 1996 machte das deutlich.

Aus einer nach demokratischen Regeln formierten und geführten Partei war eine zentristische Partei ohne partei-interne Demokratie geworden. Die Parteispitze - jeweils ein Mitglied der Nehru-Gandhi Familie - traf nach eigenem Ermessen und dem einer kleinen Führungsmannschaft („cotery“- Küchenkabinett) Sach- und Personalentscheidungen für die Partei und die Regierung. Kompromisse mussten allenfalls mit den Schlüsselpersonen eingegangen werden, die sich in einzelnen Bundesländern eigene Machtbasen hatten aufbauen können. Diese zu schwächen war dann das Ziel der Zentrale ("High Command").

Die Kongresspartei war im Jahre 1947 mit dem Ziel angetreten, einen säkularen Staat mit einer entsprechenden Rechtsordnung aufzubauen. Zentralstück musste dabei angesichts der religiösen Vielfaltigkeit des Landes, die sich ja unmittelbar auf die Rechtsstellung des Einzelnen in der Familie und in der Kommune auswirkt, die Verabschiedung eines Gesetzes für den Personenstand, für die Familie sein, mit dem die Gleichheit aller vor dem Gesetz durchgesetzt werden konnte. Die Zivilehe mit einem Erbenspruch beider Seiten und der Gleichstellung der Frau in Fragen der Ehescheidung und Familien relevanten Entscheidungen stieß sich hart im Raum mit überlieferten religiös bestimmten Personalstands-Regelungen - also der hinduistisch oder muslimisch bestimmten Struktur der Familie, des Geistlichen und der Stellung des Einzelnen in der Familie. Der Staat konnte die säkulare Ordnung nur fakultativ anbieten. Zunehmend wird von der Zivilehe in den großen Bevölkerungskonglomeraten wie Mumbai und New Delhi Gebrauch gemacht. Den Sündenfall allerdings beging die Rajiv Gandhi-Regierung, als sie im Interesse ihrer muslimischen Wählerschaft den Einspruch der muslimischen Schriftgelehrten gegen ein Urteil eines Gerichts akzeptierten, das die Versorgungsansprüche einer geschiedenen muslimischen Frau anerkannte. Die Hindus verlangten nun gleiches Recht für sich, sich in Personalstandsfragen von den staatlichen Gerichten zu lösen. Andererseits hatte sich Rajiv Gandhi sehr aus dem Fenster gelehnt, als es darum ging, in Ayodhya hinduistische Ansprüche zu fördern. Hier wie an anderer Stelle wurde die nachlassende Kraft der Kongresspartei erkennbar, Grundsatzfragen nicht nur unter machtpolitischen Gesichtspunkten zu sehen. Das Sozialismus-Gebot, das Indira Gandhi in die Verfassung geschrieben hatte, blähte den Staatsapparat auf, verminderte die Produktivität der Wirtschaft, verhinderte die Erneuerung der Produktionsstätten und die Herstellung konkurrenzfähiger Güter für den Weltmarkt. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der schon vorher erfolgten Umstellung des Außenhandels der Sowjetunion auf Hartwährung musste Indien internationale Konkurrenzfähigkeit erreichen. Erst jetzt reagierte die Kongresspartei. Ohne Substanzdebatte an der Basis und in den regionalen Führungszentren warf Narasimha Rao - nach der Ermordung von Rajiv Gandhi im Mai 1991 zum Nachfolger des Parteiführers und nach dem knappen Wahlsieg zum Regierungschef gewählt - im Sommer 1991 das wirtschaftspolitische Steuer von staatlicher Lenkung und Abschottung vom Weltmarkt herum und leitete eine auf Dauer angelegte Wirtschaftsreform ein. Dies geschah ohne Debatte an der Basis und in den verschiedenen Führungsebene der Partei und führte letzten Endes zum Desaster der Parteiführung unter Rao bei den Nationalwahlen im Jahre 1996, als der Kongress eine seiner bittersten Wahlniederlagen erlitt. Von dieser Niederlage hat sich die Kongresspartei bis jetzt nicht erholt.

Der Kongress hatte offenbar seine innere Geschlossenheit und den Willen zur Erneuerung sowie Gestaltung eingebüßt - eine Folge des Verlustes der innerparteilichen Demokratie und nach dem Ende des Kalten Krieges der selbst gewählten, ja hochstilisierten internationalen Stellung als Sprecherin der ungebundenen Länder der dritten Welt. Auch der Versuch, mit der emotionsbefrachteten Berufung der Witwe des ermordeten Parteiführers Rajiv Gandhi, von

Sonja Gandhi - sie ist italienischer Abstammung - als Parteiführerin und Kandidatin für das Amt des Regierung-Chefs konnte die Wende nicht herbeiführen. Immerhin, unter ihrer Führung konnte die Kongresspartei ihren Stimmenanteil von fast 25 Prozent im Jahre 1998 auf über 28 Prozent im Jahre 1999 steigern. Angesichts der Wahlallianz der BP mit einer großen Zahl kleinerer Parteien verlor die Kongresspartei aber erneut an Sitzen im Parlament selbst. Statt 160 Sitzen im Jahre 1998 konnte sie 1999 nur noch 135 Sitzen erringen. Die von der BJP gezimmerte "Nationale Demokratische Allianz" konnte demgegenüber 301 Sitze erobern - eine Folge der Wahlbündnisse der einst geächteten BJP Partei mit der Masse der regionalen Parteien. Im Jahre 2004 kehrte die Kongresspartei und in ihrem Gefolge die Koalition mit zwanzig Parteienvertretern als dominierende Kraft in das Parlament und an die Schaltstellen der zentralen Macht zurück.

Das innere Gefüge der BJP

Die Nationale Volkspartei - BJP - hat eine lange Entwicklung durchlaufen, bis sie - was heute der Fall zu sein scheint - als eine landesweit operierende nationale Partei bezeichnet werden konnte, die in der Lage sein würde,

- ungeachtet schwelender Gegensätze im eigenen Lager grundsätzliche Positionen unterschiedlicher Provenienz in allen relevanten Fragen des indischen Staates und der komplizierten indischen gesellschaftlichen Struktur zu integrieren,
- eine pragmatische, aber zielgerichtete Regierungspolitik effizient, also nicht nur verbal zu betreiben und
- kleinere Politische Parteien als Partner an sich zu binden.

In den Jahren 1977 und 1989 gelang den Oppositionsparteien der Wahlsieg, weil sie sich im Kampf gegen einen in politischen Verruf geratenen Führer des Kongress (Indira Gandhi bzw. Rajiv Gandhi) zu einer Allianz zusammenschließen konnten. Indira Gandhi hatte aus machtpolitischen Gründen 1975 (bis 1977) den Notstand ausgerufen. Rajiv Gandhi war 1989 wegen eines schweren Bestechungsvorwurfs beim Kauf ausländischen Rüstungsgeräts ins politische Abseits geraten. Nach jeweils kurzer Regierungszeit waren die Gemeinsamkeiten der Koalitionspartner in der Regierungsarbeit aufgebraucht und die Koalitionen zerbrochen. Die 1990 und von 1996 bis 1998 gebildeten Minderheitsregierungen unter Duldung der Kongresspartei waren taktische Koalitionen gegen den Angstgegner - die BJP. Aber das Land lässt sich nur vorübergehend gegen eine am politischen Horizont aufsteigende und in breiten Teilen der Bevölkerung verankerte Kraft regieren - die Nationale Volkspartei, die sich von einer ideologisch gesteuerten Partei - im Hindutwa-Weltbild verankert und von den militanten Ross-Organisationen getragen - zu einer Staatspartei entwickelte, die in der Lage zu sein schien, kleinere Parteien als feste Koalitionspartner an sich zu binden und später einmal in einer Union oder Allianz mit dem Hauptträger - der BJP - zu verknüpfen. Das allerdings ist noch Zukunftsmusik.

Der Weg zu einer solchen Staatspartei war von Rückschritten und Fehlentwicklungen geprägt:

Der Parteiführer Joshi betrieb auf Grund der guten Wahlergebnisse im Herbst 1989 eine militant-nationalistische Politik. Nationalen Themen gewidmet sollten Pilgerfahrten eine Aufruhr-Stimmung im Lande schaffen, um die Hindus gegen die unzureichende Kaschmir-Politik der Regierung aufzupeitschen und in Ayodhya durch den Abriss der Moschee, die schon seit langem nicht mehr als Gebetstempel benutzt wurde, im Lande religiöse Animosität zu schüren - selbst auf die Gefahr hin, dass das säkulare Strukturprinzip Indiens aufs Spiel

gesetzt würde. Als Anpeitscherin religiöser und militanter politischer Konfrontation musste die BJP als Totengräberin des indischen säkularen Staates und als Geburtshelfer eines hinduistischen Fundamentalismus erscheinen, der Indien und Südasien zum Opfer einer fundamentalistischen Kriegspsychose machen konnte. Das Ausland und große Teile der indischen Bevölkerung erschauerte es bei dem Gedanken, einer solchen Partei die Regierungsverantwortung zu überlassen. Die Katastrophe von Ayodhya und ihre psychologischen Folgen zwangen die BJP zur Umkehr und zum Abschied vom Hindu-Fundamentalismus, der nur noch gelegentlich sein häßliches Gesicht zeigen durfte oder das einfach tat, zum Beispiel bei Christenverfolgungen in einzelnen Bundesstaaten wie Orissa. Nach den Opfern von Ayodhya und Mumbai (Ausschreitungen gegen Muslime nach einige bedenklichen an mehreren Orten gleichzeitig erfolgten Sprengstoffattentaten an mehreren Stellen zur gleichen Zeit) musste eine Kurskorrektur eingeleitet werden. Auch der vom Autarkie-Gedanken sowie von Fremdenfeindlichkeit geprägte anti-liberale wirtschaftspolitische Kurs des Parteivorsitzenden Joshi mit der Betonung des Swadeshi-Gedanken (Autarkie) ließ nichts Gutes für die Fortsetzung der Wirtschaftsreformen erwarten, falls es zu einer BJP Regierung kommen sollte. Diese nationalistischen Konzepte mussten preisgegeben werden.

L.K. Advani verdrängte im Zusammenwirken mit A.B. Vajpayee den Einfluss militanter Kräfte und leitete die Entwicklung der BJP zu einer Staatspartei ein, die auch fähig sein sollte, dauerhafte Koalitionen mit kleineren Parteien zu schließen und eine Union, eine Allianz mit ihnen vorzubereiten. Bei den Wahlen im Jahre 1999 hatte die BJP Partei schon vor den Wahlen eine Koalition mit zwölf anderen Parteien geschlossen, und durch Bildung von lokalen Wahlbündnissen einen höheren Anteil an Sitzen für die Koalition zu gewinnen als nach Wählerstimmenanteil zu erwartet werden konnte. In den Jahren 1998 bis 2004 stützte sich die Vajpayee-Koalition auf 24 Parteien ab.

Verfolgte L.K. Advani noch eine sehr harte Haltung in der Frage der möglichen Autonomie, sagen wir einer größeren Autonomie der Subprovinz Kaschmir-Tal mit Srinigar als Hauptstadt, so hat sich die Haltung des nun bestimmenden A.B. Vajpayee weiter verfeinert. Mit der Entschlossenheit bei der Entscheidung über die nuklearen Waffenversuche im Mai 1998 sowie der entschlossenen und auch erfolgreichen militärischen Reaktion auf die Kargil-Invasion pakistanischer Einheiten und von Mujaheddin-Freischälern im Frühsommer 1999 hat Vajpayee eine breite Basis für eine effiziente Regierungspolitik geschaffen, die mit der Initiative für den Lahore Verständigungsversuchs mit Pakistan im Februar 1999 auch internationale Anerkennung gefunden hat. Dieser Prozess ist nach dem Militärcoup am 12. Oktober 1999 in Islamabad ins Stocken geraten, dürfte aber zu gegebener Zeit auch wieder aufgenommen werden. Das könnte der Fall sein, wenn sich in Pakistan der Übergang zu demokratischen Verhältnissen abzeichnet.

Vajpayee lässt die Perspektive einer landesweit operierenden konservativen Staatspartei aufkommen, die ihre geistigen Grundlagen nicht leugnet, aber mit den Erfordernissen eines modernen nach wirtschaftlicher und sozialer Reformen drängenden Indien in einen Kontext stellt. Die historischen Grundlagen werden aber nicht zur Handlungsanweisung für die staatliche und internationale Politik. Anti-christlichen Tendenzen an der Basis wird öffentlich entgegengetreten.

Für die Staatspolitik stehen Fragen des internationalen Status von Indien im Rahmen der geplanten VN-Reform - vor allem in Bezug auf den VN-Sicherheitsrat im Vordergrund. Damit verbunden ist das angestrebte Ziel, als nukleare Macht anerkannt und auf fairen Grundlagen in das internationale nukleare Waffenkontrollsystem einbezogen zu werden. Es

gibt schwierige Probleme zu regeln. Kann es internationale Anerkennung als Nuklearmacht gegen Unterzeichnung der Rüstungskontrollabkommen geben, eine Formel, die Indien und Pakistan in die nuklearen Regime einbinden kann (NV Vertrag, CTBT, vertrauensbildende Maßnahmen im nuklearen und konventionellen Bereich)?

Vajpayee strebte auch die Einführung des konstruktiven Misstrauensvotums etwa nach deutschem Vorbild an, um auf diesem Wege die Stabilität der Regierungen zu verstärken und die Abhängigkeit von schwelenden Koalitionskrisen zu reduzieren.

Von besonderer Bedeutung für den Erfolg der Vajpayee war der Umstand, dass er vor den Wahlen im Herbst 1999 schon eine Wahlallianz geschaffen hatte, die im Wege der Koalitionsabsprachen - gemessen an den erzielten Stimmen-Anteilen - eine Optimierung der Ausbeute an Sitzen im Parlament erbrachte. Diese Koalitionspolitik stellt einen wichtigen Schritt zu größerer Regierungs-Stabilität dar. Damit könnten die Grundlagen für die Bildung einer konservativen Mitte Rechts-Allianz gelegt werden. Auch im Spektrum der Mitte-Links-Formationen könnte es zu einem dauerhaften Zusammengehen der Kongresspartei mit der Vereinigten Linken kommen - den beiden Verlierern der 1999 Wahlen.

Was auf außenpolitischem Gebiet geschieht - Stabilisierung des Verhältnisses zum Westen, Herstellung des Gleichstands mit dem internationalen Status zu China im nuklearen Bereich und im VN-Sicherheitsrat als Vetomacht und Eingrenzung des Kaschmir-Konflikts - vollzieht sich mit der "Neuen Nationalen Volkspartei" BJP auch eine strategische Neuordnung des politischen Parteien-Spektrums in Indien - jedenfalls im Ansatz. Es zeichnet sich eine solche Konzeption auch auf wirtschaftspolitischem Gebiet ab. Finanzminister Sinha hat das Format und Ansehen des Vaters der Wirtschaftsreform von 1991 - Manmohan Singh - erreicht. Nach anfänglichem Zögern hat die BJP-Wirtschaftspolitik Momentum und Beständigkeit erfahren.

Werfen wir nun einen Blick auf die Verschiebungen in den Stimmen-Anteilen der beiden Hauptkonkurrenten in den letzten Nationalwahlen:

Angaben in Prozenten der Stimmen-Anteile Lok Sabha-Wahlen

Jahr	1991	1996	1998	1999	2004
Kongress und Verbündete	37,3	28,8	25,8	28,4	35,82
BJP und Verbündete	20,1	20,29	25,7	23,7	35,91

Aufteilung der Mandate in Lok Sabha:

	1991	1996	1998	1999	2004
Vereinigte Linke	86	115	98	42	61
Kongress und Verb.	260	140	160	135	221

BJP und Verb.	120	161	245	301	185
Übrige Parteien	20	92	50	62	79

Für die Entwicklung von großen, landesweit operierenden politischen Parteien gibt es keine Gesetzmäßigkeiten. Gleichwohl lassen sich einige Phänomene erkennen, die nicht fehlen dürfen, und die nach dem Sündenfall Ayodhya eine gewisse Konstanz gewonnen haben:

Nationale Identität und internationales Ansehen müssen in der Konzeption der Partei Glaubwürdigkeit und Vertrauenswürdigkeit erfahren Wirtschaft und soziale Reform müssen in Einklang, nicht in antagonistischer Beziehung bestehen.

Die Allianz muss sich stärker aus Interessen-Parallelitäten der Regionen und politischen Konstellationen in den Bundesländern und folglich in der Zentrale ergeben als aus subventionierten Abhängigkeiten;

Führungspersönlichkeit und Führungskooperation müssen stärker ausstrahlen als die Konkurrenz und Rivalität zwischen Führungskräften;

Die Führungspartei in einer Koalition muss einen Unionsprinzip annehmen und auf Integration verzichten, es sei denn, sie wird durch Wählerentscheidungen herbeigeführt.

In den Jahren 1998 bis 2000 hat die Neue Nationale Volkspartei, wie ich die BJP unter Vajpayee bezeichnen möchte, im In- und Ausland Ansehen und Vertrauen gewonnen. Zweifel hatten innen- und außenpolitischer Beobachter, ob es auf Dauer gelingen würde, die militante RSS-Basis unter politischer Kontrolle zu halten, ja einen moderaten Kurs auch in die RSS-Ideologie zu bringen.

Auf der internationalen Bühne genießt Indien vor allem als ein demokratisch verfasstes und politisch gestaltetes Land hohes Ansehen. Unüberhörbar und unübersehbar ist aber auch die die Sorge, dass militante und fundamentalistische Kräfte im Hindu- und im Muslim-Lager die Oberhand gewinnen könnten.

Hans-Georg Wieck